

Berlin, 17. Januar 2024

Deutsche Industrie- und Handelskammer

Verordnungsentwurf DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Vermeidung von Verlusten von Kunststoffgranulat zur Verringerung der Umweltverschmutzung durch Mikroplastik

Europäische Kommission und Rat vom 16. Oktober 2023

Grundlage dieser Stellungnahme sind die der DIHK bis zur Abgabe der Stellungnahme zugegangenen Äußerungen der IHKs sowie die wirtschaftspolitischen/europapolitischen Positionen (und ggf. besondere ergänzende Positionspapiere) der DIHK. Sollten der DIHK noch weitere in dieser Stellungnahme noch nicht berücksichtigte relevante Äußerungen zugehen, wird die DIHK diese Stellungnahme entsprechend ergänzen."

A. Das Wichtigste in Kürze

- Die DIHK unterstützt die Einführung einer einheitlichen europaweiten Regelung, sofern der Verlust von Kunststoffgranulat bei Herstellung, Transport und Verwendung dadurch reduziert werden kann. Einheitliche Regelungen fördern ein Level-Playing-Field in Europa.
- Die geforderten Dokumentationen und Prüfungen sind sehr personalintensiv. In Zeiten des Fachkräftemangels sind die zusätzlichen Anforderungen nur schwer umsetzbar. Zwar sind viele Maßnahmen technisch grundsätzlich machbar, Aufwand und Nutzen stehen aber in keinem Verhältnis.
- Nach Einschätzung vieler Unternehmen reichen die bisherigen gesetzlichen Regelungen aus, um Granulatemissionen zu vermeiden. Um fahrlässige oder vorsätzliche Freisetzungen zu verhindern, sollte daher der Vollzug in den europäischen Mitgliedsländern gestärkt werden.
- REACH schreibt schon jetzt die jährliche Berichterstattung über die Freisetzung von Kunststoffpartikeln vor, die bislang auf geschätzten Mengen beruht.¹ Mit einem neuen Messstandard könnten die Informationen über die Granulatfreisetzungen aber an Genauigkeit zunehmen. Die Notwendigkeit eine Messmethode mit nicht unerheblichen Kosten entwickeln zu lassen, wird aber als unverhältnismäßig gesehen.
- Nicht nur an die EMAS-Validierung, sondern auch an die Zertifizierung nach DIN EN ISO 14001 sollte eine Zertifizierung nach Artikel 5 ersetzen.

¹ Verordnung (EU) der Kommission zur Änderung von Anhang XVII der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH) hinsichtlich synthetischer Polymerepartikel (C (2023) 6419 final).

ISO 14001-Zertifizierungen werden ohnehin zunehmend von Kunden der Unternehmen nachgefragt. Der Aufwand für zusätzliche Zertifizierung könnte also entfallen.

B. Relevanz für die deutsche Wirtschaft

Die deutsche Kunststoffindustrie ist im europäischen Vergleich führend bezogen auf die Produktion, den Außenhandel sowie die Forschung und Entwicklung künstlicher Stoffe. Unternehmen aller Sektoren der Kunststoffindustrie erwirtschafteten Umsätze von knapp 85 Milliarden Euro im Jahr 2021. Die deutsche Kunststoffindustrie umfasst sowohl die kunststofferzeugenden als auch die kunststoffverarbeitenden Unternehmen. Kunststoffmaschinenbauer und Recyclingunternehmen sind ebenso Teil dieser Industrie. Kunststoffe werden vor allem für die Herstellung von Verpackungen eingesetzt oder finden in der Bau-, Automobil- und Elektronikindustrie Verwendung. Auch die Möbelindustrie sowie die Agrarwirtschaft und Medizintechnik profitieren von der Anwendung und dem Einsatz verschiedener künstlicher Stoffe. Allgegenwärtige Produkte dieser in der Wertschöpfungskette nachgelagerten Verwenderindustrien von Kunststoffen sind beispielsweise PET-Flaschen, Fensterrahmen, Kabel, Haushaltswaren aus Kunststoff, Folien, Schläuche oder Prothesen.

C. Allgemeine Einführung - Allgemeiner Teil

Rund zwei Prozent des gesamten Kunststoffabfalls in der Umwelt bestehen laut dem Süddeutschen Kunststoffzentrum SKZ aus Kunststoffgranulat. Gemäß Statista verantworten die Granulate 0,3 % des weltweiten Mikroplastiks allein in den Ozeanen. Im Gegensatz zu dem Anteil, den Reifen mit 28 %, Textilien mit 35 % oder auch Kosmetika mit immerhin noch 2 % verursachen, erscheint die Granulatmenge zunächst vernachlässigbar. Doch während es bei den zuvor genannten Produktgruppen größerer Anstrengungen bedarf, die Freisetzung zu mindern, ist dies bei Kunststoffgranulat leichter möglich. Da das meiste Granulat durch unsachgemäße Handhabung und mangelndem Bewusstsein in die Umwelt gelangt. Dennoch stellt sich die Frage, ob hier Aufwand und Nutzen im richtigen Verhältnis stehen. In Bezug auf Granulat ist das 2015 lancierte Programm Operation Clean Sweep der europäischen Kunststoffindustrie nach wie vor ein freiwilliges Instrument, an dem hauptsächlich Hersteller beteiligt sind. Einige Hersteller fordern daher eine verpflichtende Anwendung der bereits vorliegenden bewährten Instrumente. Damit könnten erhebliche Kosteneinsparungen neu zu entwickelnder Instrumente erzielt werden und zudem die Akzeptanz der Verordnung deutlich erhöht werden.

D. Details - Besonderer Teil

Objektivität der Ziele

Einzelne Unternehmen bemängeln, dass es bereits bei den Schätzungen zu den freigesetzten Mengen an Kunststoffgranulaten eine erhebliche Bandbreite (zwischen 52.140 Tonnen und 184.290 Tonnen) gibt. Das Ziel der Reduktion der Granulatfreisetzung um 54 bis 74 Prozent aus dem Verordnungsentwurf stimmt zudem nicht mit den Reduktionszielen von 60 bis 83 Prozent (25.000 bis 141.000 Tonnen/Jahr) aus der Folgenabschätzung überein. Es besteht daher Zweifel an der Richtigkeit der Zahlen, was u. a. durch die angegebene Bandbreite deutlich wird. Darüber hinaus wird im Verordnungsentwurf Kunststoffgranulat teilweise mit Mikroplastik gleichgesetzt, was bei der Anwendung der vorgeschlagenen Maßnahmen zu Verzerrungen der Zielsetzung führen kann. Um die Akzeptanz einer Verordnung zu erhöhen, benötigen Unternehmen daher kohärenter Angaben. Einige Unternehmen wünschen sich zudem konkrete Grenzwerte bzw. Einsparziele statt einer Bandbreite.

Personalaufwand reduzieren

Vielen mittelständischen Unternehmen in Deutschland fehlt es laut dem [DIHK-Fachkräftereport 2023](#) an finanziellen und personellen Mitteln. Für die Anwendung der Verordnung bedarf es zusätzlicher Fachkräfte in den Betrieben. Die Schätzungen der Unternehmen liegen zwischen 0,5 bis 1 Personalstellen. Hinzu kommt noch, dass die Registrierung von Anlagen bei Behörden heute schon einen Personalaufwand erfordern, der nicht gedeckt ist. Weiter muss angesichts der anstehenden Transformation der Kunststoffindustrie mit einer enormen Belastung durch das notwendige Änderungsmanagement auf Seiten der Unternehmen und der Behörden gerechnet werden. Auf betrieblicher Ebene führt nach Einschätzung vieler Unternehmen die Erstellung von Risikobewertungsplänen (wer kann das und was kosten externe Berater, insbesondere bei der kontinuierlichen Anpassung an sich wandelnde betriebliche Begebenheiten) zu zusätzlicher Belastung. Die Einführung von zum Teil neu zu entwickelnder Instrumente verstärkt zusätzlich die personelle Belastung. Die DIHK empfiehlt, auf die bereits eingangs erwähnten bewährten Instrumente der europäischen [Operation Clean Sweep](#) der Kunststoffindustrie zurückzugreifen.

Zertifizierungen berücksichtigen

Unternehmen kritisieren, dass nur Unternehmen mit einem zertifizierten Umweltmanagementsystem nach EMAS von den Anforderungen der Einhaltung einer Meldepflicht nach Artikel 4 Absatz 2 und den Verpflichtungen nach Artikel 5 Absätze 1 und 2 der Verordnung ausgenommen sein sollen. Daher sollte mindestens auch die DIN ISO 14001, die mittlerweile gleichwertige Anforderungen an das Umweltmanagementsystem und eine Verbesserung der Umweltleistung stellt, in diesem Zusammenhang ebenfalls anerkannt werden. Da die ISO 14001 sich ausschließlich auf Belange des Umweltmanagements konzentriert und nicht wie bei EMAS den Energieverbrauch berücksichtigt, ist davon auszugehen, dass mehr Unternehmen die Einführung eines Umweltmanagementsystems in Betracht ziehen können, was wiederum sich positiv auf das Handling von Plastikpellets auswirken wird. Einzelne Unternehmen weisen darauf hin, dass die Zertifizierungen entlang der gesamten Wertschöpfungskette erfolgen soll, damit keine Kunststoffgranulate an keiner Schnittstelle in die Umwelt gelangen.

Maßnahmen optimieren

Unternehmen, die pro Produktionscharge geringere Mengen einzelner Kunststoffarten verarbeiten, erwartet aus den Vorgaben für kleinere Einsatzmengen eher geringe Umsetzungsprobleme. Unternehmen mit größeren Granulatmengen und automatisierter Granulatzuführung zur Trocknung sehen aber nachfolgende Probleme: Wenn zukünftig Kunststoffgranulat nur noch in 25-kg-Säcken verpackt werden und zu 1.000 kg je Palette transportiert werden, führt dies zu einem erhöhten Transportaufwand, da derzeit 1.250 kg die übliche Palettierung ist. Zum anderen erhöht sich durch die Begrenzung auf Säcke in der Verarbeitung eher das Risiko der Granulatifreisetzung durch eine deutliche Erhöhung der Schnittstellenanzahl bei Entleerung und Befüllung der Säcke. Hier sind spezielle „Oktabin“-Verpackungen deutlich im Vorteil, da sie mehr Volumen bzw. Füllgewicht beinhalten, welches die Schnittstellenanzahl zwischen Befüllung und Entleerung deutlich reduziert. Weiter führen jährliche Prüfung und externe Systemüberwachung sowie die Systemversiegelungen und die Bestellung eines verantwortlichen Beauftragten nach Angaben befragter Unternehmen zu enormen und unnötigen Kosten. Wie bereits zuvor erwähnt, empfiehlt die DIHK, auf die bewährten Instrumente der europäischen Operation Clean Sweep in der Kunststoffindustrie zurückzugreifen, die zu Beginn genannt wurden.

E. Ansprechpartner DIHK

Christoph Petri
Referatsleiter Umwelt- und Rohstoffpolitik
DIHK - Deutsche Industrie- und Handelskammer
Breite Straße 29, 10178 Berlin
Telefon: 030/2 03 08 2212
petri.christoph@dihk.de

F. Beschreibung DIHK

Wer wir sind:

Unter dem Dach der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) haben sich die 79 Industrie- und Handelskammern (IHKs) zusammengeschlossen. Unser gemeinsames Ziel: Beste Bedingungen für erfolgreiches Wirtschaften.

Auf Bundes- und Europaebene setzt sich die DIHK für die Interessen der gesamten gewerblichen Wirtschaft gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit ein.

Denn mehrere Millionen Unternehmen aus Handel, Industrie und Dienstleistung sind gesetzliche Mitglieder einer IHK - vom Kiosk-Besitzer bis zum Dax-Konzern. So sind DIHK und IHKs eine Plattform für die vielfältigen Belange der Unternehmen. Diese bündeln wir in einem verfassten Verfahren auf gesetzlicher Grundlage zu gemeinsamen Positionen der Wirtschaft und tragen so zum wirtschaftspolitischen Meinungsbildungsprozess bei.

Darüber hinaus koordiniert die DIHK das Netzwerk der 140 Auslandshandelskammern, Delegationen und Repräsentanzen der Deutschen Wirtschaft in 92 Ländern.

Sie ist im Register der Interessenvertreter der Europäischen Kommission registriert (Nr. 22400601191-42).